

u^b

^b
UNIVERSITÄT
BERN

ZEITSCHRIFT
DES INTERDISZIPLINÄREN ZENTRUMS
FÜR GESCHLECHTERFORSCHUNG IZFG

Frühling 2017

#30

genderstudies



EDITORIAL

Feminismen auf der Spur	1
-------------------------	---

SCHWERPUNKT

Wut und Feminismus	2
On Love and Courage	4
"Die Hauptursache ist nämlich in meinem Geschlecht (weiblich) zu finden"	8
Feminist Superheroines!	12

GRADUATE SCHOOL GENDER STUDIES

Veranstaltungen Master Minor	14
Doktoratsprogramm	16
Certificate of Advanced Studies (CAS) in Gender, Justice, Globalisation	16

AUS DEM IZFG

Jubiläumsbericht: <i>15 Jahre feiern</i>	17
Tagungsbericht: "Für mich ist es ungeplant optimal gelaufen"	18
Aktuelles Projekt am IZFG: Der Zugang zu Justiz in Diskriminierungsfällen	20
Die Gewinnerinnen des Barbara-Lischetti-Preises 2016	21

PORTRAITS

Ich studiere Gender Studies!	22
Dissertationsprojekt: Am Anfang das Ende!?	23
Mit der Kohorte mitwachsen	24
Fachschaft Gender Studies	25

SONSTIGES

Abteilung für die Gleichstellung von Frauen und Männern (AfG)	26
Kolumne: Abwesenheitsnotiz	26
Rätsel	27

REZENSION

"White Innocence: Paradoxes of Colonialism and Race"	28
--	----

PUBLIKATION

Transnationale Feminismen	29
---------------------------	----

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern IZFG
 Vereinsweg 23, 3012 Bern, www.izfg.unibe.ch
 REDAKTION Fabienne Amlinger, Claudia Amsler, Monika Hofmann
 ILLUSTRATION Linda Walde
 LAYOUT Claudia Amsler
 GESTALTUNG grafikwerkstatt upart, blau, Bern
 DRUCK Vetter Druck AG, Thun
 AUFLAGE 1400 Exemplare PAPIER PlanoJet, FSC-zertifiziert
 ISSN-NR. 1663-7879

Der Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen

Eine Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) unter Mitarbeit des SKMR-Themenbereichs Geschlechterpolitik, der am IZFG angesiedelt ist.

I Michèle Amacker* und Christina Hausammann**

Sich gegen Diskriminierung, insbesondere gegen Diskriminierung durch private Dritte, rechtlich zur Wehr zu setzen, ist in der Schweiz nicht einfach. Die entsprechenden Bestimmungen sind auf verschiedene Gesetze verstreut und lückenhaft geregelt. Je nachdem, in welchem Bereich die Diskriminierung stattgefunden hat (Arbeit, Wohnen, Dienstleistungen etc.) und je nach Diskriminierungsmotiv (Geschlecht, ethnische bzw. 'rassische' Herkunft, sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, Behinderung, Alter etc.) gelten andere Rechtswege. Schliesslich ist zu bestimmen, ob die erlittene Diskriminierung eine Straftat darstellt und ob der Weg an die Strafverfolgungsbehörden der richtige sein könnte. Diese unbefriedigende Rechtslage wird seit Jahren kritisiert. (Fast) alle Vorstösse im eidgenössischen Parlament, hier Verbesserungen zu erwirken, haben die National- und Ständerätinnen und -räte bis jetzt jedoch abgelehnt.

2013 hat der Bundesrat allerdings aufgrund des Postulats Naef (12.3543 - Postulat Naef Martin, Bericht zum Recht auf Schutz vor Diskriminierung) das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) aufgefordert, eine Studie zu erstellen. Ihr Ziel ist es zu klären, ob die in der Schweizer Rechtsordnung vorgesehenen Rechtsnormen in der Praxis einen effektiven und angemessenen Diskriminierungsschutz gewährleisten und wie der Zugang zur Justiz für von Diskriminierung betroffene Personen ausgestaltet ist.

Inhaltlich fokussiert die 2016 veröffentlichte Studie auf die Bereiche Geschlecht (inkl. sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale), Behinderung sowie ethnische Herkunft. Dabei wurden einerseits die bestehenden materiellen und verfahrensrechtlichen Grundlagen zusammengetragen und analysiert. Andererseits wurde ermittelt, wie Fachpersonen in Beratungsstellen den Diskriminierungsschutz wahrnehmen. Damit konnte sichtbar gemacht werden, wie es um die Sensibilisierung und die Handlungsspielräume von Personen steht, die von Diskriminierung betroffen sind. Schliesslich wurde die Wirksamkeit der bestehenden Instrumente mithilfe von Interviews bei Beratungsstellen und Befragungen bei der Anwaltschaft und bei Mitarbeitenden von Gerichten und Schlichtungsstellen untersucht.

Die Studie hat gezeigt, dass im Umgang mit Diskriminierungsfällen Gerichtsverfahren nur die Spitze des Eisberges darstellen. Der Zugang zum Gericht

wird denn auch von den Fachpersonen in den allermeisten Fällen als zu hindernisreich, die Verfahren als emotional zu belastend und das Prozessrisiko als zu hoch eingeschätzt.

Der Synthesebericht empfiehlt aufgrund der erhobenen Daten insbesondere die Schaffung eines spezifischen privatrechtlichen Diskriminierungsverbotes, die Ausdehnung verfahrensrechtlicher Erleichterungen für alle Fälle von Diskriminierung, die Verstärkung der Sanktionen gegen die Urheber und Urheberinnen diskriminierender Handlungen und die rechtliche Erfassung des Problems der Mehrfachdiskriminierungen. Darüber hinaus wird die Einführung aussergerichtlicher Streitbeilegung (Ombudsstelle) in Diskriminierungsfällen und verstärkte Massnahmen zur Sensibilisierung aller Beteiligten (Betroffene als auch Behördenmitglieder und Mitarbeitende in den Beratungsstellen etc.) nahegelegt. Die systematische Erhebung diskriminierungsrelevanter Daten und die Überprüfung und der Ausbau staatlicher Ressourcen schliess-

lich werden als unerlässlich erachtet. Vorgeschlagen wurde dem Bund sodann, einen Aktionsplan "Diskriminierungsverbote" in die Wege zu leiten, welcher "einen kohärenten Rahmen für Reformschritte und Gesetzesrevisionen" bieten würde.

Der Bundesrat hat in seinem Bericht zur Beantwortung der Motion Naef im Mai 2016 zwar anerkannt, dass die bestehenden Rechtsinstrumente für Betroffene entweder zu wenig bekannt oder zu kompliziert seien und die verfahrensrechtlichen Hindernisse dazu führen können, dass der bestehende Diskriminierungsschutz seine Wirksamkeit zu wenig entfalte. Dennoch hat er sich lediglich dazu bereit erklärt, ein paar wenige und eher zweitrangige Empfehlungen des SKMR-Berichts vertieft zu prüfen.

Es bleibt deshalb zu hoffen, dass der umfangreiche Bericht des SKMR dazu beiträgt, die Diskussion zur Verbesserung der Anti-Diskriminierungsgesetzgebung in der Schweiz aufrecht zu erhalten.

Der Synthesebericht sowie die elf Teilstudien sind abrufbar auf der Website des SKMR www.skmr.ch unter: Themenbereiche › Geschlechterpolitik › Publikationen

*Michèle Amacker, Prof. Dr., ist Co-Leiterin des IZFG und Assistenzprofessorin für Geschlechterforschung.

**Christina Hausammann, lic. iur., leitet den Bereich Geschlechterpolitik des SKMR am IZFG. Sie ist zudem Co-Geschäftsleiterin des Vereins humanrights.ch.